

Grüner 10-Punkte-Plan für das Update der Energiewende: Unabhängigkeit, Bezahlbarkeit & Jobs

16. Februar 2026



Der Leak des Netzpakets hat gezeigt: Die CDU-Wirtschaftsministerin ist eine Gas-Lobbyistin, die die Energiewende kaputt machen will und Deutschlands Wirtschaft in der Gas-Abhängigkeit halten möchte – mit dem einzigen Unterschied zu 2022, dass Deutschland jetzt von Trumps Fracking-Gas abhängig ist und nicht mehr von Putin.

Deutschland braucht eine starke Energiewende, denn nur so kann Energie für Bürger*innen und die Wirtschaft günstig werden und zugleich das Klima schonen. Bisher sind erst 24% des deutschen Energieverbrauchs durch heimische Erneuerbare gedeckt. Studien zeigen: Ein schneller Ausbau der Erneuerbaren Energien senkt den Strompreis und damit die Kosten für alle. Zugleich liefert günstiger Strom die Basis, auch günstig zu heizen, zu fahren und zu produzieren – via Wärmepumpen, Elektromobilität und Elektrifizierung in der Industrie. Gleichzeitig gibt es Herausforderungen bei den Netzen. Wir legen daher Vorschläge vor, wie wir den Ausbau der Erneuerbaren schneller und gleichzeitig pro Kilowattstunde günstiger machen können. Dazu brauchen wir keine neue Unsicherheit für Investoren in Erneuerbare, sondern die Hebung aller Potentiale für Effizienz, Innovation und Digitalisierung.

Der Grüne 10-Punkte-Plan zeigt, wie dies gelingen kann:

1. Ausschreibungsmengen von Wind an Land schnell und dauerhaft von 10 auf 15 GW pro Jahr erhöhen

Windkraft an Land ist einer der zentralen Pfeiler der Energiewende. Wind an Land liefert günstigen Strom – der Zuschlagswert bei der letzten Ausschreibung im November 2025 lag bei gerade

mal 6 Cent pro Kilowattstunde, und damit deutlich unter dem Strompreis an der Börse. Wir Grüne haben in der letzten Legislaturperiode die Genehmigungsverfahren für Windkraft reformiert und massiv beschleunigt, so dass diese sich verfünffacht haben: Wurden 2021 nur 4 Gigawatt Genehmigungen für Wind erteilt, waren es 2025 über 20 Gigawatt. Die vielen Genehmigungen erhöhen die Gebotsanzahl bei den Ausschreibungen, senken den Zuschlagswert und ermöglichen es, schneller mehr günstigen Strom in das Energiesystem zu holen. Wir fordern daher eine Sonderausschreibung Wind an Land noch für 2026 von zusätzlichen 5 Gigawatt und ab 2027 die Ausschreibungsmengen dauerhaft von 10 auf 15 Gigawatt jährlich zu erhöhen. Das Referenzertragsmodell soll so ausgestaltet sein, dass Investitionen überall im Land – auch im Süden – ermöglicht werden. Dies spart zugleich Kosten beim Netzausbau. Auch beim Offshore Wind Ausbau dürfen Ausschreibungen nicht auf die lange Bank geschoben werden. Ebenso müssen die bereits bezuschlagten Gebiete zügig in die Bauphase kommen.

2. Recht auf Solar für alle Bürger*innen festschreiben

Solarenergie auf dem Hausdach ist die günstigste Form der Energie für Bürger*innen. Mit selbst hergestelltem Strom auf dem Dach des Hauses, in dem man wohnt, kann man teuren Strom aus dem Netz ersetzen – für den eigenen Verbrauch, für die Wärmepumpe und das Elektroauto. Während Katherina Reiche einen Kreuzzug gegen Aufdach-Solaranlagen plant und die Einspeisevergütung für Dachanlagen abschaffen will, gehen wir den entgegengesetzten Weg: Wir fordern ein Recht auf Solar und auf Energy Sharing! Das mobilisiert günstiges Kapital und Akzeptanz. Das europäische Recht zu Energy Sharing muss in Deutschland endlich

netzdienlich, finanziell attraktiv und unbürokratisch umgesetzt werden. Wer eine kleinere Solaranlage, eine E-Auto-Ladestation, einen Smart Meter oder eine Wärmepumpe für sich und/oder die Nachbarn installieren will, muss sie auch rasch anschließen können. Netzbetreiber bekommen eine Anschlusspflicht mit klaren Fristen. Die Einspeisevergütung für Solar-Aufdach-Anlagen bleibt auf dem Niveau erhalten, das notwendig ist, damit alle, die dies wünschen, eine Solaranlage auf ihr Dach bekommen. Bis alle fair und unkompliziert am Strommarkt teilnehmen, entwickeln wir die Einspeisevergütung fort, damit sich auch mittelgroße, besonders naturverträgliche Aufdach-Solaranlagen in allen Regionen in Kombination mit Speichern rechnen.

3. Verteilnetz-Ausbau-offensive 2030

Die Verteilnetze sind aktuell der Flaschenhals der Energiewende. Die gesamte Wirtschaft leidet darunter: Windanlagen, PV-Freiflächen-Anlagen, Batteriespeicher, Rechenzentren, Industriebetriebe, Logistikzentren, E-LKW-Ladestationen – der Bedarf für zusätzliche Netzanschlüsse ist riesig und wird nicht gedeckt. Das ist für eine führende Industrienation inakzeptabel. Statt 800 Priorisierungslisten für Netzanschlussbegehren in allen Verteilnetzen und einem de-facto-10-Jahres-Moratorium für Wind und Solar, wie Katherina Reiche es plant, braucht es eine Verteilnetz-Ausbauoffensive 2030: Innerhalb von drei Jahren müssen alle Verteilnetzbetreiber grundlegende Verfahren entbürokratisiert und standardisiert haben. Die ggf. nötige Unterstützung und Koordinierung soll durch die Bundesregierung sichergestellt werden. Zudem brauchen wir die zügige Digitalisierung aller Verteilnetze. Dadurch werden kostengünstig 30% mehr Kapazitäten im Stromnetz ermöglicht. Parallel wird eine Verteilnetzausbau-Offensive gestartet, die bis 2030 die Netzengpässe in allen Netzengpassregionen beseitigt. Statt einer 3%-Redispatch-Regelung, die wir ablehnen und die volkswirtschaftlich vollkommen unsinnig ist, muss in allen Windvorranggebieten, die von den Bundesländern im Zuge des Wind-an-Land-Gesetzes ausgewiesen werden,

schon jetzt der Netzausbau vorangetrieben werden, damit es zu keinen Netzengpässen kommt. Für Verteilnetzbetreiber, denen es für den weiteren Ausbau an Eigenkapital mangelt, muss der geplante Deutschlandfonds schnell aufgelegt und unbürokratisch ausgestaltet werden. Zudem muss es sich für Verteilnetzbetreiber lohnen, Anschlussbegehren schneller auszuführen und ihr Netz zu digitalisieren.

4. Stromspeicher massiv ausbauen und systemdienlich steuern statt ausbremsen

Stromspeicher sind ein Segen für die Energiewende und die Verbraucher*innen – sie können den günstigen Sonnenstrom von der Tag in die Nacht transferieren und Windspitzen in anderen Zeiten nutzbar machen. Statt die Stromspeicher bei den Netzanschlussbegehren zu depriorisieren, brauchen wir regionale Preissignale und dynamische Netzentgelte, die dafür sorgen, dass Stromspeicher sich sowohl an den Preissignalen der Strombörse als auch an den regionalen Netzbegebenheiten orientieren, aber nicht Deutschland in zwei Preiszonen aufteilen.

Die systemdienliche Nutzung von Heimspeichern soll ermöglicht und wirtschaftlich attraktiv gemacht werden – so wird ein großes Potenzial an schon existierenden Speichern für das Stromsystem nutzbar gemacht. Es ist ein großer Fehler von Katherina Reiche, die erfolgreiche Petition von Energiespeicher-Pionieren zur systemdienlichen Nutzung von Heimspeichern auflaufen zu lassen. Bei Großspeichern sollten Anschlüsse nach transparenten Kriterien mit Fokus auf Systemdienlichkeit statt nach dem Windhundprinzip vergeben werden. Insgesamt sind Netzanschlüsse von Großbatteriespeichern mit Priorität zu genehmigen, da dies netzdienlich ist.

5. Netzausbau billiger machen

Auch der Übertragungsnetzausbau muss effizienter werden. Die Rückkehr zu Freileitungen als Standard für noch nicht geplante oder genehmigte Übertragungsleitungen, wo sie akzeptiert sind, spart Milliarden. Die Beteiligungen der KfW an 50Hertz, TenneT und TransnetBW müssen genutzt werden, um die Investitionsplanungen der Unternehmen klar auf den Energiewende-Zielkurs zu bringen. Übertragungsnetzausbau wird deutlich günstiger, wenn er vorrangig staatlich vorangetrieben wird. Statt immer höhere Renditen zu garantieren, um Investitionen anzureizen, sollte der Bund etwaige Kapitalengpässe auch durch höhere staatliche Beteiligungen entschärfen. Auch diese Maßnahme kann die Netzentgelte signifikant senken.

6. Stromsteuer für alle absenken, 600 Stunden kostenlosen Sommerstrom

Strom muss billiger werden – für alle, nicht nur für die Industrie. Das schont den Geldbeutel und macht Wärmepumpen und Elektromobilität attraktiver. Es ist unerträglich, dass die schwarz-rote Koalition die Absenkung der Stromsteuer mehrfach versprochen hat, aber nur für Großverbraucher geliefert hat. Wir fordern eine sofortige Absenkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestniveau. Strom wird so für die breite Bevölkerung 2 Cent pro Kilowattstunde billiger. Darüber hinaus werden wir die Tatsache, dass im Sommer die Solarenergie massenhaft Strom produziert in einen systemdienlichen Solarbonus für alle umwandeln: Jeder Haushalt und jeder Betrieb soll an 600 Stunden im Jahr Strom unbürokratisch und kostenlos bekommen.

7. Smart-Meter-Ausbau beschleunigen

Anstatt privates Engagement abzuwürgen, wie es die Wirtschaftsministerin plant, wollen wir die Energiewende noch zugänglicher machen. Voraussetzung dafür ist die Digitalisierung des Energiesystems. Für Haushalte, Betriebe und Unternehmen muss günstiger Strom aus Erneuerbaren einfacher zugänglich werden. Netz- bzw. Messstellenbetreiber müssen endlich allen, die es wollen, schnell und günstig die nötigen digitalen Lösungen für netzdienliches Abrechnen, Schalten und Steuern bereitstellen. Anders als Katherina Reiche folgen wir natürlich nicht der E.ON-Forderung, Wettbewerb bei Messstellbetreibern abzuschaffen, sondern stärken Innovation und Wettbewerb. Bis 2030 müssen alle Haushalte und Unternehmen Smart Meter und damit die Möglichkeit zu räumlich und zeitlich differenzierten Tarifen bekommen, und damit zu Kostentransparenz und Empowerment. Wie in anderen europäischen Ländern auch. Dafür ist nötig die Vorgaben für Smart Meter weiter zu entbürokratisieren und die Daten auf einer Datenschutz-unbedenklicheren Ebenen zu aggregieren.

8. Kapazitätsmarkt technologieoffen statt auf überdimensionierte Gaskraftwerke ausrichten

Für die Absicherung der Zeiten, in denen im Winter der Strombedarf hoch ist und wenig Wind weht („Dunkelflauten“), braucht es zusätzliche steuerbare Kapazitäten. Doch anstatt hier technologieoffen heranzugehen und so die benötigten Mengen und Kosten zu reduzieren, plant Katherina Reiche hier einen vollkommen überdimensionierten Zubau von fossilen Gaskraftwerken. Die Kosten hierfür würden den Strompreis um 1-2 Cent/kWh weiter verteuern, die alle Stromkunden über eine neue Gasumlage bezahlen sollen. Wir schlagen stattdessen einen kosteneffizienten, technologieoffenen, Kapazitäts-

mechanismus vor, der neben den unverzüglich nötigen Gaskraftwerken - aufbauend auf dezentraler Erzeugung und Speichern, der Versorgungssicherheit garantiert und Nachfrageflexibilität hebt. Das können Stromspeicher sein, die gerade in hoher Anzahl gebaut werden, flexibilisierte nachhaltige Biomasseanlagen, innovative Lösungen wie Brennstoffzellen, wasserstoffnutzende Gaskraftwerke oder ein flexibles Management von Lasten. Da die Vorschläge der Bundesregierung die Beihilfe-Genehmigung der EU-Kommission benötigen, werden wir das Verfahren eng begleiten, der EU-Kommission etwaige Beihilfe-Hinweise geben und so die Bürger*innen bestmöglichst auch aus der Opposition heraus vor Reichen Gasabenteuern schützen.

9. Markthochlauf von Wärmepumpen und Elektromobilität beschleunigen, Netzentgelte senken

Die Netzentgelte sind der Kostentreiber der Zukunft. Die Netzkosten zu senken ist daher essenziell. Dies geschieht aber nicht dadurch, dass man den Ausbau der Erneuerbaren Energien abwürgt, sondern durch echte Kostensenkungsmaßnahmen im Stromnetz. Zentrale Maßnahmen sind die Digitalisierung der Netze und der Verbraucher*innen, die Standardisierung und Digitalisierung der Netzanschlussverfahren, der Fokus auf Freileitung statt Erdkabel und eine stärkere staatlicher Beteiligung an den Übertragungsnetzbetreibern, um sowohl Eigenkapitalrenditenansprüche als auch Zinskosten zu senken. Die Ausgestaltung der Netzentgelte liegt dabei bei der BNetzA. Darüber hinaus gilt: Je schneller die Elektrifizierung von Wärme, Verkehr und Industrie gelingt, desto geringer die Netzentgelte, weil die fixen Netzkosten auf einen größeren Kreis an Stromverbraucher*innen umgelegt werden. Der schnelle Markthochlauf von Wärmepumpen und Elektromobilität ist hierfür zentral. Im Jahr 2025 wurden erstmals mehr Wärmepumpen als Öl- und Gasheizungen installiert – diesen Trend gilt es fortzusetzen durch eine Beibehaltung der 65%-Erneuerbaren-Vorgabe im

Gebäudeenergiegesetz und eine auskömmliche Wärmepumpen-Förderung im Heizungsaustausch-Förderprogramm. Die E-Auto-Kaufprämie muss ausschließlich für E-Autos gelten und darf nicht auch für Plug-in-Hybride verschwendet werden. Um jetzt anfallende Netzkosten zu strecken und erst dann auf die Netzentgelte umzulegen, wenn die Elektrifizierung weiter vorangeschritten ist, schlagen wir ein Amortisationskonto für die Netzausbaukosten auch bei Strom vor, wie es bei Wasserstoff bereits existiert.

10. Stromkosten für die Industrie reduzieren, Elektrifizierung vorantreiben

Nach langem Warten hat das Bundeswirtschaftsministerium nun den Entwurf einer Förderrichtlinie für den Industriestrompreis vorgelegt. Das ist aber nur ein kleiner Baustein in einem Gesamtpaket, um die Stromkosten für die Industrie zu senken. Dazu braucht es den schnellen Ausbau von Wind- und Solarstrom (siehe Punkt 1), da nur so die Börsenstrompreise nachhaltig gesenkt werden. Zudem müssen die Netzentgelte für die Industrie so dynamisiert und umstrukturiert werden, dass sie es anreizen anstatt zu behindern, wenn Industriebetriebe ihren Stromverbrauch in Zeiten mit niedrigen Strompreisen verlagern. Hier ist ein hohes Kostensenkungspotenzial für die Industrie, da an sonnen- und windreichen Tagen der Strompreis regelmäßig Null oder sogar negativ ist. Zudem ist die Förderung des Klima- und Transformationsfonds im Bereich der Industrie bei der Elektrifizierung zu stärken: Jeder Industriebetrieb, der seine Produktion von Gas auf Strom umstellen will, muss erfolgreich einen Antrag stellen können. Zudem müssen die neuen Gaskraftwerke zügig auf grünen Wasserstoff umgestellt werden. Dadurch bekommt die Industrie und das geplante Wasserstoff-Netz Ankerkunden.

Die aktuelle Wirtschaftsministerin Katherina Reiche schlägt eine Politik vor, mit der Deutschland

in der Gaskostenfalle und der Trump-Abhängigkeit verbleiben würde. Deutschland braucht aber günstigen und erneuerbaren Strom – für alle Bürger*innen und für die Wirtschaft. Der grüne 10-Punkte-Plan zeigt, wie es geht; und wir werden nicht ruhen, bis die schädliche Gas-Politik von Reiche durch unsere, besseren Vorschläge ersetzt ist.